

Ich beantrage einen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Gusborn

Resolution zum Atomausstieg und ungeklärten Atommülllagerung in Gorleben angesichts der Katastrophe in Fukushima

Der Rat der Gemeinde Gusborn beschließt nachstehende Resolution:

Die dreifache Katastrophe in Japan mit dem schleichenden GAU in drei Kernreaktoren hat gezeigt, die „friedliche“ Nutzung der Kernenergie ist auch in einem hoch technisierten Land wie Japan nicht beherrschbar. Tschernobly und Harriesburg reichten als Warnung nicht aus. Das „Restrisiko“ kann nicht weiter hingegenommen werden. Ein GAU in 10.000 Jahren bedeutet auch, es kann morgen passieren.

Ein Schutz der Menschen und ihre Existenz in unmittelbarer und weiterer Umgebung kann nicht gewährleistet werden. Menschen werden über Generationen geschädigt, ganze Landstriche über Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte unbewohnbar.

In Deutschland gibt es keinen sicheren Platz für die dauerhafte Lagerung von Atommüll. Die Folgen aus der Asse sind hinreichend bekannt. Die bestehenden Zwischenlager sind nur unzureichendes gesichert.

Gorleben ist als Atommülllager sowohl politisch als eignungstechnisch verbrannt. Trotzdem versucht die Bundesregierung mit Macht unter Zeitdruck Gorleben als Endlager rechtlich zu verfestigen. Die Anpassung der Sicherheitsstandards für Atomlagerung an den Salzstock Gorleben/Rambow und ein Angebot des BMU zu einem Scheindialog sind dazu die letzten Maßnahmen. Die jetzt laufenden Arbeiten dienen nicht mehr der Erkundung sondern der Vorbereitung der Einlagerung.

Die Mitglieder des Rates der Gemeinde Gusborn erkennen und fordern deshalb von der Bundes- und Landesregierung in Verantwortung für Gusborner Bürgerinnen und Bürger:

1. Keine Wiederinbetriebnahme der abgeschalteten Reaktoren nach Ablauf des Moratoriums.
2. Keine Übertragung von deren Restlaufzeiten auf neuere Meiler.
3. Rücknahme der Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke mit dem Ziel des schnellstmöglichen Ausstiegs.
4. Erhöhung der Sicherheitsstandards für die Restlaufzeit.
5. Langfristige Zwischenlagerung an den AKW-Standorten und Vermeidung von Atomtransporten
6. Keine weiteren Castortransporte nach Gorleben.
7. Kein Umverpacken von Castoren in der PKA Gorleben, das bedeutet die Vermeidung von zigtausend Tonnen neu verstrahltem Material
8. Gorleben scheidet als Endlager aus. Alle weiteren Arbeiten werden sofort eingestellt.
9. Vergleichend Endlagersuche erst nachdem neu definierte Sicherheitsanforderung von unabhängigen Fachleuten erarbeitet wurden und von der Öffentlichkeit akzeptiert werden. Dabei wird die Endlagersuche als nationale Angelegenheit betrachtet, die Suche erfolgt bundesweit und schließt alle möglichen Wirtsgesteine ein.

10. Die Bundesrepublik erlässt ein Gesetz zur Vermeidung weiteren Atommülls und dessen Behandlung.
11. Es erfolgt eine Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe.
12. Und, zur Absicherung der Energieversorgung mit erneuerbaren Energien wird das Leitungsnetz umgehend ausgebaut und modernste Regeltechnik eingesetzt.

Darüber hinaus fordert die Gemeinde Gusborn bei weiteren Castortransporten keine Wiederholung der im Jahre 2010 durchgeführten Abriegelungsmaßnahmen in Quickborn, die zu einer Diskriminierung aller Bürgerinnen und Bürger und zur unerträglichen Einschränkung der Bewegungsfreiheit führte.

Verteiler: Deutscher Bundestag in Berlin
 Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
 Herrn Bundesumweltminister Dr. Röttgen
 Landtag des Landes Niedersachsen
 Herrn Ministerpräsident Mc. Alister
 Herrn Umweltminister Sander
 Landkreis Lüchow- Dannenberg (nachrichtlich)
 Samtgemeinde Elbtalaue (nachrichtlich)
 Dpa
 EJZ
 Generalanzeiger
 Hallo Nachbar